

Jochen Bilstein: Rede zum Beschluss über den Haushalt 2021 im Haupt- und Finanzausschuss am 17.5.21

Die Tradition, dass aus jeder Fraktion vor einem endgültigen Beschluss zum Haushaltplan eine Haushaltrede gehalten wird, ist abgeschafft. Man hat sich auf die Schriftform geeinigt und das erweist sich in diesen Zeiten, in denen nicht einmal der Rat tagen kann, erst recht als sinnvoll.

HSK, Corona, Kassenkredite und Investitionen in Millionenhöhe kennzeichnen den Haushalt 2021 und der Folgejahre.

Ob wir das HSK verlassen können, das hat der Kämmerer festgestellt, hängt vom Jahresabschluss 2020 ab, der noch nicht vorliegt. Aber es besteht Hoffnung, wenn man den Worten von Dirk Irlenbusch folgt.

Die finanziellen Folgen der Corona Pandemie treffen auch die Kommunalfinanzen: Nur mit Hilfe des NKF – Covid 19 – Isolierungsgesetz lassen sich buchungstechnisch die Belastungen aus Mindererträgen und Mehraufwendungen in die Zukunft verschieben, um aktuell finanziell handlungsfähig zu bleiben. Damit sind die Belastungen aber lediglich in die Zukunft verschoben, ab 2025 muss dann die Bilanzierungshilfe, die Gesamtsumme wird bis 2025 auf rund 40 Millionen Euro geschätzt, in maximal 50 Jahren abgeschrieben werden, eine Belastung für zukünftige Generationen. Folge dieser real fehlenden Liquidität ist ein Anstieg der Kassenkredite bis 2024 auf geschätzt rund 67 Millionen Euro. Es ist in dem Zusammenhang nur zu hoffen, dass das Zinsniveau auf dem derzeitigen Niveau verbleibt. Welche Entwicklung das Gewerbesteueraufkommen in den nächsten Jahren nehmen wird, ist schwer zu prognostizieren. Finanzexperten gehen gegenüber 2020 von steigenden Einnahmen für Kommunen aus, was von Vertretern der Kommunalverbände jedoch mit großer Skepsis gesehen wird. Sie gehen bis 2024 von sinkenden unmittelbaren Steuereinnahmen aus. Das veranlasst den Kämmerer auch zu der Aussage, dass ein deutliches Minus im Jahr 2022 nur durch Steuererhöhungen abgedeckt werden kann.

Trotz der prekären Einnahmesituation und coronabedingten Mehrkosten sind höhere Aufwendungen für Personal im Haushalt 2021 – eine Steigerung von 6,7% - unabwendbar. Auch wenn Bürgermeister Bleek bemüht war, den Kahlschlag im Personalbereich durch seinen Vorgängers zu wenden, ist der Personalbedarf aktuell immer noch erheblich. Daher ist der Stellenplan mit fast allen zusätzlichen Stellen auch von meiner Fraktion beschlossen worden. Interessant ist in dem Zusammenhang, dass Fraktionen, denen der vorige Bürgermeister mühsam und oft vergeblich neue Stellen abringen musste, jetzt ohne große Diskussion dem Verwaltungsvorschlag gefolgt sind.

Neben den Mehrkosten im Personalbereich sind es die Investitionen, die die Haushalte der kommenden Jahre belasten werden. Dazu gehört an vorderster Stelle der Neubau der Sekundarschule. Hinzu kommen - obwohl der neue Brandschutzbedarfsplan weder vorliegt noch gar beschlossen worden ist -

umfassende Investitionen in den Brandschutz. Hier müssen endlich die alten Feuerwehrgerätehäuser ertüchtigt bzw. erneuert und Neuanschaffungen im Fahrzeugbereich getätigt werden. Erhebliche Investitionskosten erfordern darüber hinaus die Folgen aus dem Rechtsanspruch aller Eltern auf einen OGS Platz ab 2025 und die Sanierung und Erweiterung der Gebäude der Grundschule Tente. Dafür müssen unabdingbar die finanziellen und personellen Ressourcen im Finanzplanungszeitraum zur Verfügung gestellt werden.

Auch ist es dringend erforderlich, das Straßenausbauprogramm fortzuschreiben und konkrete Bauzeiten zu benennen. Dabei ist es erforderlich, jede Maßnahme unter den Vorbehalt der Landesförderung zu stellen. Es ist mehr als ärgerlich, dass die Landesregierung aus CDU und FDP nach wie vor und gegen den Bundestrend an der finanziellen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Straßenausbaukosten festhält und es nicht einmal sichergestellt ist, ob ausreichend Landesmittel dafür zur Verfügung stehen.

Welche Chancen ein Hallenbadneubau in diesen Zeiten hat, hängt ganz wesentlich von der Frage ab, ob dafür Landes- oder Bundesmittel akquiriert werden können.

Es wird angesichts der mehr als schwierigen Haushaltsituation der kommenden Jahre Bürgerinnen und Bürger geben, die zum Maßhalten auffordern. Ihnen muss jedoch klar sein, dass kommunale Investitionen wie die genannten sowohl für die Zukunft unserer Stadt als auch gesamtwirtschaftlich unverzichtbar sind, ohne dass man die prekäre Haushaltsentwicklung aus dem Blick verliert.

Die SPD – Fraktion stimmt dem Haushaltplan für das Jahr 2021 in der jetzt vorliegenden Fassung zu.